



HESSISCHER LANDTAG

17. 01. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend öffentliche Sicherheit durch motivierte und personell gut ausgestattete Polizei gewährleisten - Ministerpräsident Bouffiers Versäumnisse rächen sich

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die öffentliche Sicherheit ein hohes Rechtsgut ist und zu den vordersten Aufgaben des Staates gehört. Alle Menschen haben ein Recht auf Sicherheit. Das gilt nicht erst seit den Terroranschlägen 2016. Eine Politik der öffentlichen Sicherheit muss Gefahren erkennen, Gefahren verhindern, wirksam bekämpfen und rechtsstaatliche Grundsätze und Freiheitsrechte wahren.
2. Die konsequente Anwendung bestehender Gesetze muss durch ausreichendes Personal bei Polizei und Justiz gewährleistet sein. Der Arbeit der Sicherheitsbehörden und insbesondere der Polizei kommt eine zentrale Bedeutung zu. Die Polizei kann ihre wichtigen Aufgaben auf Dauer nur dann erfüllen, wenn sie ausreichend mit hochmotiviertem und gut ausgebildetem Personal ausgestattet ist. Neben der besseren personellen Ausstattung muss es eine bessere Vernetzung der Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund, Ländern und Kommunen geben und die Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden wie der Ausländerbehörde effektiver werden.
3. Der Landtag dankt den hessischen Polizeibediensteten für ihre hervorragende Arbeit unter schwierigen Bedingungen.
4. Der Landtag sieht eine wachsende Unzufriedenheit bei den Polizeibediensteten in Hessen, die die Landesregierung mit ihren Sparmaßnahmen zu verantworten hat. Die Polizistinnen und Polizisten in Hessen fühlen sich von der schwarz-grünen Landesregierung allein gelassen. Die Landesregierung nimmt die Probleme der Polizei nicht ernst und zeigt sich über Kritik an ihrer Politik irritiert.
5. Der Landtag sieht den erheblichen Personalabbau und die ständig wachsenden Aufgaben der Polizei als ursächlich für die sehr hohe Belastungssituation der Polizeibediensteten in Hessen. Trotz eines immensen und vorhersehbaren Aufgabenzuwachses haben der damalige Innenminister Bouffier und die CDU-geführte Landesregierung in den Jahren 2001 bis 2009 720 Vollzugsstellen und weitere 600 Stellen im Tarifbereich abgebaut. Der Abbau im Tarifbereich ging bis 2015 weiter.
6. Der Landtag stellt fest, dass die CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre mit verschiedenen Maßnahmen die Arbeitsbedingungen der Polizei verschlechtert haben, statt den hessischen Polizeibediensteten Wertschätzung für ihr Engagement und ihre enorme Einsatzbereitschaft entgegenzubringen. So sind die Kürzungen der Beihilfe, des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, die Nullrunde 2015 und die lediglich 0,5 Prozent Besoldungserhöhung für das Jahr 2016 neben den fehlenden Aufstiegschancen in höhere Besoldungsgruppen Ursache für die schlechte Besoldungssituation bei der hessischen Polizei.
7. Der Landtag stellt fest, dass die 3 Millionen Überstunden und die immer weiter wachsende Zahl der krankheitsbedingten Ausfälle Ausdruck der enormen Belastung der Polizeibediensteten in Hessen sind. So sind in der Polizeidirektion Wetterau die Krankheitstage seit 2012 um über 600 Stunden auf 3.137 Tage gestiegen. Auch bei der Polizeidirektion Main-Taunus fielen 2015 3.658 Krankheitstage an, im Jahr 2012 waren es noch 2.730 Tage. Im Landkreis Waldeck-Frankenberg schlagen insbesondere die Überstunden zu Buche. Im Durchschnitt hat eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter 268 Mehrarbeitsstunden (Stand 30.09.2016) auf ihrem bzw. seinem Konto. Die Mehrarbeitsstunden im Landkreis Hochtaunus liegen mit 254 Stunden pro Polizeibeamtin oder -beamten knapp darunter (Stand 31.08.2016).

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Situation der Polizistinnen und Polizisten zu verbessern:
- a) Die ausgebildeten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten müssen auf die Fläche verteilt werden, um eine Entlastung bei den örtlichen Polizeibehörden zu erreichen. Momentan werden viele neue Stellen in den Polizeipräsidien geschaffen. Für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und die Prävention vor Gefahren ist es jedoch wichtig, dass die Polizei ausreichend Präsenz auf der Straße zeigen kann.
 - b) Im Tarifbereich darf es keinen Stellenabbau geben. Zur Entlastung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten bei internen Verwaltungsaufgaben ist es notwendig, weitere Tarifbeschäftigte einzustellen.
 - c) Eine angemessene Besoldung der Beamtinnen und Beamten muss gewährleistet werden. Die Tarifergebnisse müssen auf die Beamtenbesoldung übertragen werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. Januar 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel